

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/145

4. August 1975

Walter für Verständigung und Aussöhnung

Die Bedeutung der Schmidt-Gierek-Vereinbarung

Von Günther Metzger MdB

Stellv. Vorsitzender der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Seite 1 und 2 / 65 Zeilen

Die KSZE ist unverzichtbar

Ohne größeres Vertrauen keine Rüstungsminderung

Von Alfons Pawelczyk MdB

Vorsitzender des Unterausschusses Abrüstung und Rüstungskontrolle

Seite 3 und 4 / 98 Zeilen

Die KSZE und die deutsche Frage

Konkrete Aufgaben für beide deutsche Staaten

Von Egon Höhmann MdB

Stellv. Vorsitzender des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Seite 5 und 6 / 67 Zeilen

Konjunkturprogramm noch in diesem Monat

Fünf Milliarden DM können nur die Untergrenze sein

Von Dr. Herbert Ehrenberg MdB

Stellv. Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Seite 7 bis 8a / 119 Zeilen

Stilfragen in einer pluralen Gesellschaft

Heinz Kühns Briefwechsel mit dem Bischof von Essen

Seite 9 / 44 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Ecken

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-204
Telefon: 22 80 37 + 38
Telex: 06 86 846 - 48 pbon d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611

Weiter für Verständigung und Aussöhnung

Die Bedeutung der Schmidt-Gierek-Vereinbarung

Von Günther Metzger MdB
Stellv. Vorsitzender der sozial-
demokratischen Bundestagsfraktion

Oppositions- und Vertriebenen-Politiker, die nicht die Mehrheit der CDU/CSU und auch nicht die der Heimatvertriebenen repräsentieren, haben sich als erste zu Wort gemeldet, als in der Nacht von Freitag auf Samstag in Helsinki eine Einigung zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem Warschauer Parteichef Edward Gierek über wichtige Fragen der deutsch-polnischen Zusammenarbeit erzielt worden war. Ihre Erklärungen sind von parteitaktischen Überlegungen bestimmt, von Rechthaberei geprägt und von Feindseligkeit erfüllt. Weder die Schrecken des Zweiten Weltkrieges, dessen erstes Opfer Polen wurde und der über die Völker Europas schweres Leid gebracht hat, noch die Bemühungen um Aussöhnung, Verständigung und menschliche Erleichterungen konnten diese Haltung bisher beeinflussen.

Der Abschluß des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen im Dezember 1970 war ein erster entscheidender Schritt gewesen, um die Beziehungen zwischen beiden Staaten und ihren Völkern zu normalisieren und die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben zu schaffen. Beide Seiten waren sich darüber im klaren und die Bundesregierung hat das immer wieder unmißverständlich erklärt, daß man am Beginn eines neuen Verhältnisses steht, der Vertrag erst mit Leben erfüllt werden muß und die Regelung zahlreicher Einzelfragen neue Verhandlungen und ergänzender Vereinbarungen bedarf.

Die neuen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen blieben in den letzten Jahren nicht frei von Schwierigkeiten. Zu groß waren die Hypotheken der Vergangenheit. Im Wissen um diese Belastungen hatte der damalige Bundeskanzler Willy Brandt bei Unterzeichnung des Vertrages gesagt: "In jahrhunderte alter Nachbarschaft sind Deutsche und Polen ihren Weg durch die Geschichte gegangen. Es war ein schwieriger Weg und die Jahre nach 1939 waren ohne Vergleich

seine dunkelste Strecke. Nichts wird dies auslöschen können. Und doch hoffe ich, daß wir, gestützt auf die Lehren der Geschichte, wieder werden stärker anknüpfen können an den doch auch langen Prozeß der gegenseitigen Befruchtung, des Nehmens und des Gebens zum beiderseitigen Nutzen. Ich weiß, daß wir nicht durch den heutigen Akt die Gräben zuschütten können, die so brutal aufgerissen worden sind. Und ich weiß auch, daß Verständigung und gar Aussöhnung nicht von den Staatsmännern verfügt werden kann, sondern in den Herzen der Menschen selbst auf beiden Seiten heranzureifen muß."

Die neue Vereinbarung zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und Parteichef Edward Giersek ist ein weiterer Schritt auf dem Wege der Verständigung und Aussöhnung. Sie beweist die Bereitschaft und den festen Willen auf beiden Seiten, die Schrecken der Vergangenheit endgültig zu überwinden und die neuen Beziehungen nicht zu gefährden. Sie findet die volle Unterstützung der SPD-Bundestagsfraktion.

Weder die Bundesrepublik Deutschland noch die Volksrepublik Polen sehen alle Forderungen und Wünsche erfüllt. Das konnte auch niemand erwarten. Gleichwohl berücksichtigt der in Helsinki gefundene Kompromiß auf der einen Seite in angemessener Weise die Interessen der Bundesrepublik in der Aussiedlungsfrage und erfüllt auf der anderen Seite im Rahmen des Möglichen die Vorstellungen Polens bei der Gewährung eines langfristigen Kredits und bei der Regelung der Rentenansprüche.

Dieses positive Ergebnis, für das den Vertretern der Bundesregierung Dank gebührt, wäre ohne die Entspannung- und Verständigungspolitik der sozial-liberalen Koalition und ohne Abschluß der Ostverträge nicht möglich gewesen. Es ist zu hoffen, daß die getroffene Vereinbarung bald verwirklicht wird. (H-/4.8.1975/ho/sab)

+ + +

Die KSZE ist unverzichtbar

Ohne größeres Vertrauen keine Rüstungsverminderung

Von Alfons Pawelczyk MdB

Vorsitzender des Unterausschusses Abrüstung und Rüstungskontrolle

KSZE ist das Kürzel für die Zusammenarbeit zwischen NATO- und Warschauer Pakt-gebundenen, neutralen und unabhängigen Staaten in Europa unter Einbeziehung der USA und Kanada. Die in Helsinki unterzeichnete Schlußakte bildet die gemeinsame Geschäftsordnung für praktische politische Schritte auf dem Gebiet der Entspannungspolitik. Die Geschäftsordnung ist Basis der Entwicklung, nicht schon ihr Abschluß. Das bedeutet: Wir müssen jetzt die Ergebnisse anstreben, deren Realisierung schnell möglich erscheint, und den Dialog nicht dort unterbrechen, wo ideologische Barrieren und tiefverwurzeltes Mißtrauen die Spannungsminderung besonders erschweren. Zwischen dem Zusammentreffen aller europäischen Staats- und Regierungschefs in Helsinki und dem vorangegangenen - dem Wiener Kongreß - liegt ein Zeitschnitt 160jähriger europäischer Geschichte, einer geschichtlichen Phase der Entfremdung und des Hasses. Das verbrecherische Hitler-Regime hatte ein zerrissenes Europa hinterlassen. Dieser furchtbare europäische Zustand ist nur sehr behutsam und langsam zu entkrampfen.

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat die Opposition auf das totale Nein gegen die KSZE-Politik festgelegt. Sein Urteil: "Die Europäer sind total degeneriert. Sie sind aus der Geschichte ausgetreten." Eine Politik außenpolitischer Besserwisseri hat Deutschland in Europa schon mehr als einmal isoliert. Außenpolitische Isolierung als Grundlage unserer Außenpolitik darf es für uns nie mehr geben. Europa ist natürlich nicht aus der Geschichte ausgetreten. Strauß hat aber CDU und CSU aus der außenpolitischen Zusammenarbeit mit Europa herauskatapultiert. Diese Entwicklung wurde total vollzogen. Selbst in der CDU-"Alternative 76" ist kein Wort über SALT, KSZE und MBFR zu finden.

Wir können nicht übersehen, daß ein Teil unserer Bürger langsame entspannungspolitische Fortschritte als Scheitern dieser Politik ansehen. Tatsächlich fällt es manchem schwer, die europäischen Realitäten richtig einzuordnen. Die Sowjetunion konnte 1945 ihren geographischen und politischen Einflußbereich erheblich ausdehnen. Mitten durch Deutschland verläuft seitdem die Trennlinie zwischen westlichem und östlichem Einflußbereich. Berliner Blockade, 17. Juni 1953 und Mauerbau sind Ergebnisse einer rigorosen Konfrontationspolitik zwischen Ost und West. Sie trieben uns mehrfach in die Nähe eines Dritten Weltkrieges in Europa - innerhalb von knapp 40 Jahren!

Konfrontationspolitik entzieht sich weitgehend einem Kontrollmechanismus, einem Krisenmanagement, welches wenigstens einen erneuten Kriegsausbruch verhindern soll. Überwindung dieser Konfrontationspolitik scheiterte unter CDU-Kenzlern, weil sie wie ihre Fraktionen und Parteien nicht genügend Verantwortungsbewußtsein aufbrachten. Sie fürchteten den Verlust der Bundestagsmehrheit, wenn sie die Bevölkerung realistisch über unsere Wiedervereinigungschancen aufgeklärt haben würden. CDU und CSU besaßen auch nie die innere Geschlossenheit, die zur außenpolitischen Kurskorrektur nötig ist. Das hat sich bis zum heutigen Tage nicht geändert. Erst die SPD/FDP-

Koalition hat endlich den fälligen deutschen Beitrag zur Spannungsminderung in Europa erbracht.

Frieden muß geplant werden, Er ist nicht das Ergebnis geschichtlicher Zufälle. Die KSZE-Schlußakte weist uns die Richtung. Sie nimmt die wesentlichen Elemente der Ostverträge in den Prinzipienkatalog auf. Das Recht jedes europäischen Volkes, seine inneren und äußeren Verhältnisse frei zu bestimmen, ist eines der zehn Prinzipien. Im ersten Prinzip "Souveräne Gleichheit" wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Grenzen in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht durch friedliche Mittel und durch Vereinbarung geändert werden können. Im dritten Prinzip "Unverletzlichkeit der Grenzen" ist das Verbot der gewaltsamen Grenzänderungen formuliert. Die Gleichrangigkeit aller Prinzipien ist in den Schlußklauseln zu den Prinzipien ausdrücklich festgestellt. Also stehen die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Möglichkeit friedlicher Grenzänderung gleichrangig nebeneinander. Wir wollen die Unverletzlichkeit der Grenzen. Verletzung der Grenzen bedeutet Krieg. Wir wollen uns nicht den Weg offenhalten, Grenzen durch Krieg zu verändern. CDU und CSU sollten ihrerseits sehr darauf achten, nicht diesen Eindruck entstehen zu lassen. Die friedliche, einvernehmliche Grenzänderung oder Aufhebung zwischen Staaten wollen wir offen halten, sowohl für uns als auch für die westeuropäische Einigung, und zwar ohne Mitspracherecht derjenigen, die davon nicht betroffen sind. Das ist durch die Gleichrangigkeit aller Prinzipien erreicht.

Zur Friedenspolitik gehört die Einbeziehung des militärischen Elements. Politischer und militärischer Entspannungsablauf müssen synchron verlaufen. Das KSZE-Ergebnis enthält vertrauensbildende Schritte politischer und militärischer Entspannung. Die Disposition über die Streitkräfte im eigenen Land ist z.B. ein zentrales Element der Souveränität jedes Staates. Zum erstenmal hat sich auf dieser Konferenz der Ostblock bereit erklärt, größere Manöver, die in einem Raum bis zu 250 km nahe der nationalen Grenze abgehalten werden sollen, den Nachbarstaaten wenigstens drei Wochen vorher anzukündigen. Diese Regelung ist ein Politikum ersten Ranges. Mit der Verpflichtung zur Ankündigung von Manövern akzeptieren alle europäischen Staaten zum erstenmal das Interesse der Nachbarstaaten an der eigenen Sicherheitspolitik. Eine politisch-psychologische Barriere eines dreißigjährigen Mißtrauens wurde durchbrochen. Durch Ankündigung von Manövern wird Mißtrauen abgebaut. Das ist eine Voraussetzung für weitergehende Regelungen bei den laufenden Verhandlungen über Verminderung von Rüstungslasten durch gleichgewichtige Verringerung der Truppen und Begrenzung der strategischen Rüstung.

Dieses KSZE-Ergebnis bedeutet einen Auftrag an beide Seiten, in diesen Verhandlungen ihre Vorschläge nunmehr zu überprüfen und zu modifizieren, damit eine Einigung möglich wird. Nur über den Weg der Vertrauensbildung im Rahmen einer KSZE sind überhaupt konkrete Rüstungskontrolle und Abrüstungsabkommen möglich. Solche Abkommen werden den Konfliktstoff in Europa weiter mindern. Wir Deutschen wissen, daß nie zuvor und an keinem anderen Ort der Welt auf so engem Raum eine derart große Zahl von Soldaten und Waffen untergebracht war, wie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Deutschland, auf dem Boden der DDR und der Bundesrepublik. Es liegt deshalb vor allem in unserem Interesse, dieses Potential verringert zu bekommen. Ohne Verbesserung der Vertrauensbasis gibt es dazu keine Chance.

Auch deshalb ist die KSZE unverzichtbar. Zwischen KSZE und MBFR besteht ein politischer Zusammenhang. Entgegen häßlicher Vorstellungen, Manöverankündigungen nur dem jeweiligen Nachbarn anzuzeigen, hat sich der westliche Standpunkt durchgesetzt, laut dem Manöver allen KSZE-Staaten anzuzeigen sind. Damit wurde bei der KSZE ein Verfahren gewählt, das ein MBFR-Prinzip sein muß. Das bedeutet: MBFR-Vereinbarungen müssen sich jeweils auf einen Geltungsbereich beziehen, nicht auf einzelne Staaten, sonst kann die europäische Option im Bereich der Sicherheitspolitik beeinträchtigt werden. (-/4.8.1975/8a)

Die KSZE und die deutsche Frage

Konkrete Aufgaben für beide deutsche Staaten

Von Egon Köhmann MdB

Stell. Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses
für innerdeutsche Beziehungen

Die KSZE hatte weder die Aufgabe, einen deutschen Friedensvertrag vorwegzunehmen, noch das Ziel, die nationale Frage in Deutschland lösen zu wollen.

Trotzdem haben die Ergebnisse dieser Konferenz für die Deutschlandpolitik eine wesentliche Bedeutung. Die Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung und die damit verbundenen Verträge mit osteuropäischen Staaten und der DDR sind hier nicht nur als wesentliche Voraussetzungen für das Zustandekommen der KSZE zu bewerten. Die Ostverträge, das Vier-Mächte-Abkommen und die Verträge mit der DDR enthalten bereits Elemente, die nun von den 35 Staaten als Kriterien eines multilateralen Entspannungsprozesses formuliert worden sind. Vom Standpunkt des Völkerrechts sind diese Kriterien keine neuen Normen, und den Ergebnissen der KSZE fehlt im Gegensatz zu den Verträgen die völkerrechtliche Verbindlichkeit. Was sie aber so bedeutungsvoll macht, ist die Tatsache, daß diese Grundsätze von allen Staaten Europas für die Gestaltung der nachbarlichen Beziehungen akzeptiert und als Maßstäbe für die Erfüllung rechtlich verbindlicher Verpflichtungen gutgeheißen worden sind.

Gerade hierin liegt die große Bedeutung der KSZE-Ergebnisse für die Deutschlandpolitik. Beide deutschen Staaten werden ihre Bereitschaft zur tatkräftigen Förderung der multilateralen Entspannungspolitik daran messen lassen müssen, in welchem Maße sie ihren Verpflichtungen aus dem Grundlagenvertrag nachkommen und wie sehr sie den Rahmen dieses Vertrages bei der Regelung humanitärer Fragen ausfüllen.

Es ist das Verdienst der Bundesregierung, in Übereinstimmung mit unseren westeuropäischen Freunden Prinzipien in die KSZE eingeführt zu haben, die vor allem für unsere Interessenlage wichtig sind, ohne damit die deutsche Frage auf die Tagesordnung der KSZE zu setzen.

In der Plenardebatte am 25. Juli 1975 im Deutschen Bundestag hatte sich die CDU/CSU-Opposition destruktiv und national engstirnig verhalten. Sie setzte sich in Widerspruch zu unseren westeuropäischen Partnern, den USA und allen anderen Staaten Europas; und weil es keine vernünftige Alternative zur Entspannungspolitik geben kann, blieb sie bei dem Nein des CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß; sie isolierte sich vollends; und zog sich wie der Balkanstaat Albanien in den Schollwinkel Europas zurück.

Die Sozialdemokraten wissen, daß es in der CDU auch noch Stimmen realistischer Vernunft gibt, die man nur nicht zu Worte kommen ließ. So hatte der CDU-Bundestagsabgeordnete Walther Leisler Kiep am 25. Juli 1975 im Bundestag u.a. erklären wollen:

- Zur Vertretung deutscher Interessen:

"Wir müssen der deutschen Delegation für ihre Arbeit danken. Sie hat den Rahmen der Möglichkeiten, der durch langfristige Zusagen abgesteckt war, voll genutzt und trotz des Zeitdrucks durch den vorweg festgelegten Gipfel in Helsinki umsichtig verhandelt. Wir nehmen auch dankbar zur Kenntnis, daß die Neun der EG und darüberhinaus die fünfzehn im Bündnis zusammengeschlossenen Staaten nicht nur hervorragend zusammengearbeitet haben, sondern daß unsere europäischen und atlantischen Partner auch unsere spezifisch deutschen Interessen, die deutsche Frage, mitgetragen und mitvertreten haben. Auch die Neutralen und Ungebundenen haben in für uns wichtigen Fragen weitgehend unsere Interessen vertreten."

Leisler Kiep hatte in seinem Redetext erklärt, daß es auf der KSZE nicht um die Durchsetzung deutscher Interessen gegangen sei, sondern um deren Vertretung im Rahmen des gesamteuropäischen Entspannungsprozesses. Seine neben der positiven Bewertung der KSZE-Ergebnisse gezeigte kritische Haltung gegenüber der Außenpolitik der Bundesregierung bestätigt den Willen einer Reihe von Abgeordneten der CDU, konstruktiv zu sein und einen gemeinsamen Nenner für Koalition und Opposition zu finden. Kiep wollte kein undifferenziertes Nein, sondern ein kritisch-konstruktives Begleiten der Außenpolitik der Bundesregierung. Abg. Kiep setzt genau auf die Europäer, von denen Franz Josef Strauß in Sonthofen behauptet hatte, sie seien degeneriert und hätten sich deshalb selbst aus der Geschichte ausgeschaltet. Dies trifft haargenau auf jene zu, die während der Bundestagsdebatte der Bundesregierung empfohlen, die Schlußakte in Helsinki nicht zu unterzeichnen. (-/4.8.1975/Ho/sab)

+ + +

Konjunkturprogramm noch in diesem Monat

Fünf Milliarden DM können nur die Untergrenze sein

Von Dr. Herbert Ehrenberg MdB
Stellv. Vorsitzender der Sozial-
demokratischen Bundestagsfraktion

Wenn die Konjunkturindikatoren in den Vereinigten Staaten nicht trügen, ist dort die Talfahrt der Konjunktur beendet; ein neuer Aufschwung bereitet sich vor, er darf nur nicht durch einen frühzeitigen Zinsanstieg gebremst werden. Die Bedeutung, die Bundeskanzler Helmut Schmidt bei seinen Gesprächen mit Präsident Gerald Ford und den europäischen Spitzenpolitikern der Wirtschaftspolitik beigetragen hat, unterstreicht die Notwendigkeit, aber auch die Chancen einer besser koordinierten Wirtschaftspolitik im nordatlantischen Raum. Die Gespräche haben aber auch deutlich gemacht, daß Europa auf den Konjunkturanstoß aus der Bundesrepublik wartet. Ein Anstoß, der in Vorbereitung ist, dessen Wirksamkeit aber entscheidend von gleichlaufenden Parallelektionen bei unseren wichtigsten Handelspartnern abhängig ist. Und so groß bei einem Teil unserer europäischen Partner auch die innerpolitischen Schwierigkeiten sind, die Bereitschaft zu gemeinsamen Vorgehen ist vorhanden.

Für die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik hängt viel davon ab, daß das in Vorbereitung befindliche Konjunkturprogramm schnell, gezielt und in den richtigen Dimensionen verabschiedet wird. Die Verschlechterung der Exportauftraglage kann freilich durch kein binnenwirtschaftliches Programm ausgeglichen werden, umso notwendiger ist es, dort, wo binnenwirtschaftliche Maßnahmen greifen können, auch richtig anzusetzen. Das ist im gesamten Bereich der Bauwirtschaft der Fall. Ein auf Belebung der Bautätigkeit gerichtetes Konjunkturprogramm hat dabei zusätzlich zwei Vorteile: Bauinvestitionen haben eine hohe Multiplikatorwirkung, d.h. jedem Auftrag gehen über seinen direkten Beschäftigungswirkungen eine Vielzahl von Impulsen an andere Wirtschaftszweige aus (von der Zement- bis zur Stahlindustrie). Und mit einem ge-

zielten und gut dimensionierten Programm öffentlicher Investitionen besteht die Chance, notwendige Infrastrukturaufgaben zu lösen und damit die Voraussetzungen für die langfristig notwendige Modernisierung und Umstrukturierung unserer Wirtschaft zu verbessern:

Diese anzustrebende Kombination konjunktureller und struktureller Wirkungen erfordert bei dem jetzt vorbereiteten Programm die Konzentration auf vergabereife Projekte und auf Projekte mit möglichst wenig Folgekosten bzw. mit Rationalisierungseffekten, die mittelfristig zu Kosteneinsparungen führen.

Beide Forderungen sind vor allem im Bereich der kommunalen Umweltschutzeinrichtungen erfüllbar. Zahlreiche Gemeinden müssen in den nächsten Jahren umfangreiche Umweltschutzinvestitionen durchführen; sie haben auch bereits weitgehend vorgeplant, die Durchführung nur mangels vernünftiger Finanzierungsmöglichkeiten zurückgestellt. Hier sollten die Mittel aus dem Konjunkturprogramm massiv und mit so geringer Eigenbeteiligung der Gemeinden wie möglich eingesetzt werden. Auch ist für eine unbürokratische und schnelle Abwicklung zu sorgen, denn die Mittel aus den Programmen des Jahres 1974 fließen bisher viel zu zögernd ab. Den kontrollierenden Mittelinstanzen der Bundesländer ist ein Schnellkursus in rationaler Arbeitsweise zu empfehlen.

Von gleicher Dringlichkeit und gleicher Effektivität sind Rationalisierungsinvestitionen bei der Deutschen Bundesbahn, die ebenfalls in den nächsten Jahren durchgeführt werden müssen, um die Bahn leistungsfähiger zu machen. Das Vorziehen dieser Investitionen im Rahmen eines Konjunkturprogramms ist geeignet, die notwendigen Rationalisierungsmaßnahmen mit jetzt wünschenswerten Beschäftigungsimpulsen zu verbinden. Natürlich dürfen bei der gegenwärtigen Lage der Bauwirtschaft zusätzliche Aufwendungen für den sozialen Wohnungsbau und zur Modernisierung von Altbauwohnungen ebenso wenig fehlen wie die Sicherstellung der Fortführung bereits aufgenommenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen; aber das Schwergewicht muß bei den strukturwirksamen Maßnahmen liegen.

Aus der Lage des deutschen Arbeitsmarktes her, aber auch um der europäischen Anstoßwirkung willen muß dieses Programm noch in diesem Monat verabschiedet werden, wobei die Größenordnung von fünf Milliarden DM nur die Untergrenze sein kann. Zur Finanzierung stehen aus den in der Hochkonjunktur stillgelegten Mitteln bei der Deutschen Bundesbank noch 3,5 Milliarden DM zur Verfügung, der Rest ist bei der exorbitant hohen Sparquote ohne Schwierigkeiten auf dem Kapitalmarkt zu beschaffen. Diese Art der Finanzierung ist nicht nur stabilitätspolitisch ohne Bedenken, sie entspricht den konjunkturellen Notwendigkeiten. Das trifft im Übrigen für die gesamte Kreditfinanzierung der öffentlichen Hand unter den gegenwärtigen Konjunkturbedingungen zu und dem psychologischen Konjunkturklima täte es gut, wenn dieses Thema

in der Öffentlichkeit sachgerichteter und ohne den polemischen Beigeschmack von "Staatsbankrott" und ähnlichen Ungereimtheiten diskutiert würde.

Der zu erwartenden Diskussion um den Nachtragshaushalt der Bundesanstalt für Arbeit wegen sei darum hier "vorbeugend" auf folgendes hingewiesen:

Entsprechend den Verpflichtungen durch das Arbeitsförderungs-gesetz wird der Bund 1975 mehr als acht Milliarden DM zusätzlich für die Bundesanstalt für Arbeit aufwenden müssen. Rund zweieinhalb Milliarden werden hiervon der Bundesanstalt als Darlehen gegeben, weil sie die aufgrund der bestehenden Anlagevorschriften festgelegten Überschüsse aus der Hochkonjunktur nicht kurzfristig mobilisieren kann. Diese Anlagevorschriften widersprechen dem antizyklischen Charakter der Arbeitslosenversicherung, sie sollten darum dahingehend geändert werden, daß künftig die Bundesanstalt nur in kurzfristig fälligen Mobilisierungspapieren Anlagepolitik betreiben kann. Entsprechend wäre es konsequent, in Rezessionsphasen der Wirtschaft die Finanzierungshilfen für die Bundesanstalt nicht aus dem in dieser Phase sowieso durch Einnahmevermindierungen angespannten Bundeshaushalt, sondern durch die Bundesbank zu finanzieren. Diese Beträge würden damit direkt der Geldmengenregulierung der Bundesbank unterliegen. Haushaltsproportionen würden nicht den Konjunkturschwankungen entsprechend verzerrt und der konjunkturelle Aspekt dieser zusätzlichen Mittel würde deutlich erkennbar. Wie bedeutsam der konjunkturelle Aspekt der Arbeitslosenversicherung ist, zeigt eine Gegenüberstellung der mit dem Verlust eines jeden Arbeitsplatzes eintretenden Größenordnung: der Durchschnittsverdienst aller Versicherten betrug 1975 jährlich 21.461 DM; Unterhalts-Aufwendungen der Bundesanstalt je Nichtbeschäftigten 11.400 DM, Ausfälle in der öffentlichen Finanzrechnung pro Arbeitsplatz an Beiträgen 6.438 DM, an Steuern 2.824,-- DM. Mit 20.722 DM erreicht diese "Einnahmen- und Ausgabenrechnung" fast die Höhe des Durchschnittsverdienstes.

Diese Rechnung zeigt über den sozialpolitischen Auftrag hinaus, daß der Einsatz zusätzlicher Mittel zur Verbesserung der Beschäftigungslage nicht nur konjunkturpolitisch notwendig ist, sondern auch positive Stabilitätswirkungen hat. Von jedem neu besetzten Arbeitsplatz geht ein produktiver Beitrag zum Sozialprodukt aus, jeder beschäftigungslose Arbeitnehmer vermindert die öffentlichen Einnahmen und erhöht die Nachfrage ohne "produktiven Gegenwert". Wer sich um die Wirkungen öffentlicher Kreditfinanzierungen Gedanken macht, sei gebeten, auch über diese Zusammenhänge nachzudenken. (-/4.8.1975/ha/sab)

Stilfragen in einer pluralen Gesellschaft

Heinz Kühn Briefwechsel mit dem Bischof von Essen

"Es ist eine Frage politischen Stils und der Verantwortung für die gewiß auch unter den Katholiken Ihres Bistums vorhandene Meinungspluralität in politischen Fragen, ob man wenige Tage vor einer Landtagswahl eine Veranstaltung zu einem im Wahlkampf besonders herausgestellten Thema nur mit Positionen einer einzigen der wahlkampf führenden Parteien durchführen kann, ohne sich dem Vorwurf der Wahlhilfe auszusetzen. Ich meine, es hängt von solchen Stilfragen das Gesamtklima in einer pluralen Gesellschaft ebenso wie die Kooperationsbereitschaft unter ihren Kräften ab." So Heinz Kühn, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, und stellv. SPD-Vorsitzender in einem Briefwechsel mit dem Bischof von Essen, Dr. Franz Hengsbach, den er jetzt veröffentlicht hat.

Anlaß für Heinz Kühn's erstes Schreiben war eine Veranstaltung des Diözesanrates der Katholiken im Bistum Essen zur Schulpolitik gewesen, auf der 14 Tage vor der nordrhein-westfälischen Landtagswahl der Spitzenkandidat der CDU, Heinrich Köppler, und der rheinlandpfälzische CDU-Kultusminister Dr. Bernhard Wögel die Hauptredner waren, nach offizieller Lesart selbstverständlich in ihrer Eigenschaft als Vizepräsident bzw. Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken. Der Vorsitzende des Diözesanrates, Dr. Paul Hoffacker, der jüngst bundesweites Aufsehen durch eine Art Radikalerlaß des Kolpingwerkes gegenüber den Jungsozialisten erregte, hatte die Motive für seine Veranstaltung in einem Interview vorab überaus deutlich gemacht: "Der Termin, 14 Tage vor der Wahl, ist bewußt so festgesetzt, weil wir mit der Behandlung des Themas auch auf die Entscheidungsfindung für die Wahl Einfluß nehmen wollen. Es geht uns in dieser Veranstaltung um Politik, und die gehört in die Zeit des Wahlkampfes."

Wenn Heinz Kühn der Machiavellist wäre, als der er in katholischen Publikationsorganen manchmal karikiert wird, hätte er den Vorfall mit Schweigen übergehen können, denn für den Wahlkampf seiner Partei war es ein Geschenk, daß in der konfessionellen Gemengelage Nordrhein-Westfalens das Profil des CDU-Spitzenkandidaten als eines Funktionärs des Verbandekatholizismus noch einmal so deutlich gezeichnet wurde. Sein Schreiben war Ausdruck seiner "besorgten Hoffnung, daß die Bereitschaft und die Möglichkeit der Kooperation in den vielen wichtigen Sachfragen auf beiden Seiten bewahrt werden kann." Es ist zu hoffen, daß diese im Interesse unseres Staates notwendige Zusammenarbeit durch Tendenzveranstaltungen katholischer Gremien nicht weiter erschwert wird. (-/4.8.1975/ha/sab)

+ + +